



Antrag

der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Situation des Glücksspiels in Schleswig-Holstein

Der Landtag wolle beschließen:

Die schleswig-holsteinische Landesregierung wird aufgefordert in der 6. Tagung des Landtages einen schriftlichen Bericht zu den Auswirkungen und die Zukunft des Glücksspielstaatsvertrages zu geben. Dabei sollen insbesondere folgende Aspekte behandelt werden:

- Umsatzentwicklung des Nordwestlottos in Schleswig-Holstein 2007 bis 2009
- Einnahmeentwicklung aus Glücksspielsteuern- und abgaben für den schleswig-holsteinischen Haushalt 2007 bis 2009
- effektiver Spielerschutz und aktive Suchtprävention
- Sicherung des Jugendschutzes
- Förderung von Breitensport und Gemeinwohl
- Rechtssicherheit des Staatsvertrages
- Auswirkungen einer Kommerzialisierung des Glücksspiels in S-H auf Steuern und Abgaben im In- und Ausland
- Auswirkungen einer Kommerzialisierung auf Spielsucht, Jugendschutz, soziale Probleme, Umfang der Glücksspiel- und Wettangebote

- Glücksspielangebote im Internet
- Anzahl der Wettbüros in Schleswig-Holstein
- Bußgeldverfahren wegen illegaler Glücksspiele in Schleswig-Holstein
- Schließung von Wettbüros in Schleswig-Holsteinischen Kommunen
- Kündigung des Glücksspielstaatsvertrag
- Verhalten der Landesregierung falls der Staatsvertrag über den 31.12.2011 hinaus verlängert wird?
- Inhalte eines eigenes Konzessionsmodell für Glücksspiele in Schleswig-Holstein
- Wirtschaftlichkeit eines Konzessionsmodell allein in Schleswig-Holstein

Begründung:

CDU und FDP haben im Koalitionsvertrag vereinbart, dass Schleswig-Holstein den Glücksspielstaatsvertrag kündigt und auf eine bundeseinheitliche Änderung der bestehenden Rechtslage drängt mit dem Ziel, das bestehende staatliche Glücksspielmonopol zu beenden. Begründet wird der Weg in eine Kommerzialisierung des Glücksspiels in Schleswig-Holstein u. a. durch rückläufige Umsätze nach Inkrafttreten des Staatsvertrages und weniger Einnahmen für den Landeshaushalt.

Bei sorgfältiger Betrachtung der Umsatzzahlen z.B. des NordwestLottos Schleswig-Holstein stellt sich heraus, dass der Umsatzrückgang von 2007 auf 2008 durch den Rückgang der durch Spielevermittler getätigten Umsätze, die auch aus anderen Bundesländern stammten, sowie aus der Einstellung des Internet-Angebots von NordwestLotto resultiert. In 2009 gab es wieder ein Wachstum beim Umsatz und den Staatseinnahmen.

Private Anbieter von Glücksspielen mit Konzessionen eines EU-Landes müssen diskriminierungsfrei in einem Glücksspielmarkt zugelassen werden, unterliegen keiner Niederlassungspflicht in S-H und werden sicherlich nur bereit sein, einen niedrigen Steuersatz wie z.B. in Malta und Gibraltar zu zahlen.

Monika Heinold
und Fraktion